

Textliche Festsetzungen

Art und Maß der baulichen Nutzung

- 1. Das sonstige Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik-Freiflächenanlage“ dient der Nutzung und anschließenden Einspeisung bzw. Speicherung von Sonnenenergie in Form einer Photovoltaik-Freiflächenanlage. Zulässig sind bauliche Anlagen zur Stromerzeugung aus Solarenergie und ihrer Speicherung sowie die dazu erforderlichen technischen Nebenanlagen, wie Wechselrichteranlagen, Transformatoren und Übergabestation, unterirdische Leitungen und betriebsnotwendige Wege. Weiterhin zulässig sind untergeordnete bauliche Anlagen zu Wartungs-, Geschäfts- und Verwaltungszwecken, sofern sie in funktionaler Zusammenhang mit der Photovoltaik-Freifläche stehen. Nicht zulässig sind Anlagen zur Speicherung mit „Power-to-Gas“-Technologie, wie z.B. die Erzeugung und Speicherung von Wasserstoff.
Rechtsgrundlage: § 11 Abs. 2 BauNVO i.V.m. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
- 2. Die Solarmodule sind in aufgeständerter Bauweise zu errichten. Die maximale Höhe der Oberkante der Solar-Modultische beträgt 4,0 m. Der Abstand zwischen den Solar-Modultischen (Modulunterkante) und der Geländeoberfläche hat mindestens 0,6 m zu betragen. Die maximale Höhe der Oberkante der technischen Nebenanlagen (Wechselrichteranlagen, Transformatoren, Übergabestation) beträgt 4,0 m. Ausgenommen sind technische Aufbauten in Zusammenhang mit dem Betrieb der Nebenanlagen. Bezugspunkt der Höhenfestsetzung für bauliche Anlagen ist das jeweils nächstgelegene in der Planunterlage eingetragene Höhenmaß der Geländeoberfläche im Höhenbezugssystem DHHN 2016.
Rechtsgrundlage: § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 19 BauNVO

Gestalterische und bauordnungsrechtliche Vorschriften

- 3. Der Abstand zwischen den Modulreihen der PV-Freiflächenanlage (Reihenabstand) hat mindestens 3 m zu betragen. Je angelegene zehn Modulreihen ist ein Reihenabstand von mindestens sechs Metern vorzuziehen.
Rechtsgrundlage: § 9 Abs. 4 und § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 81 BbgBO
- 4. Als Einfriedungen sind nur offene Metallzäune einschließlich Maschendrahtzäune mit einer Höhe von maximal 2,00 m zulässig. Zur Vermeidung von Blendwirkungen sind an der südlichen Seite der Photovoltaik-Freiflächenanlage bis zu einem Abstand von 30 m von den Bahngleisen temporär auch blickdichte Zäune solange zulässig, bis die in der Fläche SPE 3 zu entwickelnde Vegetation als Blendschutz wirksam ist. Der Blendschutz ist in zurückhaltenden Materialien und Farben vorzuziehen. Gefährliche Aufdrucke von Bildern, Symbolen, Worten oder Buchstaben sind unzulässig. Einfriedungen sind mit einem Mindestabstand von 15 cm auszuführen. Sockelmauern sind unzulässig.
Rechtsgrundlage: § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 81 Abs. 1 Nr. 1 BbgBO, § 9 Abs. 2 BauGB und § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB
- 5. In den privaten Grünflächen sind Einfriedungen und unterirdische Versorgungsleitungen zulässig.
Rechtsgrundlage: § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB i.V.m. § 81 Abs. 1 Nr. 1 BbgBO
- 6. In den privaten Grünflächen sind insgesamt bis zu 3 Zufahrten für die Erschließung des sonstigen Sondergebiets zulässig. Die Zufahrten dürfen eine Breite von je 6 m nicht überschreiten. Verpflichtungen, die sich aus anderen Festsetzungen zur Anlage, Pflege und zum Erhalt von Bepflanzungen ergeben, gelten für diese zulässigen Zufahrten nicht.
Rechtsgrundlage: § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB

Pflanzgebote

- 7. Die, durch die Errichtung der Solarmodule entstandenen, offenen Bodenstellen des sonstigen Sondergebiets mit Zweckbestimmung „Photovoltaik-Freiflächenanlage“ sind erneut dauerhaft zu begrünen und als extensive Wiesen zu entwickeln, zu erhalten und zu pflegen. Die Herstellung der Wiese kann durch Aufwuchs aus dem im Boden vorhandenen Saatgut oder durch Ansaat mit autochthonem Saatgut erfolgen. Mahd nicht vor dem 01. Juni eines Jahres. Beweidung mit Schafen ist ganzjährig mit einer Beweidungsstärke von maximal 14 RVGE/ha (Raukutter verzeihende Größleinheiten pro Hektar und Jahr) zulässig. Das Ausbringen von Dünger, Gülle oder Pflanzenschutzmitteln ist untersagt.
Rechtsgrundlage: § 1a und § 9 Abs. 1 Nr. 20 und Nr. 25a BauGB
- 8. Bei Abgang von Bäumen und Sträuchern, für die der Bebauungsplan eine Erhaltungsbindung festsetzt, ist an gleicher Stelle gleichartiger Ersatz nach folgenden Vorgaben zu pflanzen: Baumarten der in der Anlage 1 zum Erlass des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz zur Verwendung gebietsweiser Gehölze bei der Pflanzung in der freien Natur vom 2. Dezember 2019 (ABl./20, [Nr. 9], S. 203) in Tabelle 1 enthaltenen Liste der in Brandenburg gebliebenen Gehölzarten mit einem Stammdurchmesser von mindestens 14 cm, gemessen in 1,0 m Höhe; Sträucher nach Pflanzliste "Feldhecke" in der Mindestqualität 60/80.
Rechtsgrundlage: § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB
- 9. Auf den Flächen zum Anpflanzen und zum Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen ist mit einer Breite von mindestens 6 m eine durchgängige Baumreihe und Heckenstruktur zu erhalten und bei Abgang von Bäumen nachzupflanzen und mit einer Heckenstruktur mit einer Pflanzhöhe von mindestens 2 Pflanzen pro Quadratmeter in Qualität 100-150 cm und vorgelagertem Wiesen- und Krautsaum zu ergänzen. Für die gemäß teilschwerer Festsetzung Nr. 6 zulässigen Zufahrten kann die Hecke unterbrochen werden. Die Pflanzung ist spätestens 12 Monate nach Inbetriebnahme der Photovoltaik-Freifläche fertig zu stellen. Es sind die in der Pflanzliste "Feldhecke" aufgeführten Arten zu verwenden. Die Pflanzungen sind zu pflegen und für die gesamte Nutzungsdauer der Photovoltaik-Freiflächenanlage zu erhalten.
Rechtsgrundlage: § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB
- 10. Auf der Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft SPE 1 ist der vorhandene Baumbestand zu sichern, zu pflegen und für die gesamte Nutzungsdauer der Photovoltaik-Freiflächenanlage zu erhalten. Abgestorbene Bäume sind durch die Neupflanzung von Baumarten der in der Anlage 1 zum Erlass des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz zur Verwendung gebietsweiser Gehölze bei der Pflanzung in der freien Natur vom 2. Dezember 2019 (ABl./20, [Nr. 9], S. 203) in Tabelle 1 enthaltenen Liste der in Brandenburg gebliebenen Gehölzarten zu ersetzen. Zusätzlich zu dem vorhandenen Vegetationsbestand ist auf den Flächen eine durchgängige zweireihige Heckenstruktur mit einer Pflanzhöhe von 2 Pflanzen pro laufendem Meter in der Qualität 100 - 150 cm bis spätestens 12 Monate nach Inbetriebnahme der Photovoltaik-Freifläche anzulegen. Hierzu sind die in der Pflanzliste "Feldhecke" aufgeführten Arten zu verwenden.
Rechtsgrundlage: § 9 Abs. 1 Nr. 25a und 25b BauGB
- 11. Auf den Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft SPE 2 ist eine Wiesen- und Staudenflur durch Aufwuchs aus dem im Boden vorhandenen Saatgut oder durch Ansaat mit autochthonem Saatgut zu entwickeln, zu pflegen und für die gesamte Nutzungsdauer der Photovoltaik-Freiflächenanlage zu erhalten. Eine Pflege durch Mahd nicht vor dem 1. Juni eines Jahres erfolgt spätestens alle 3 Jahre. Je angelegene 2.000 m² ist jeweils ein Insektenhotel mit einer wirksamen Flächengröße von mind. 1 m² sowie ein Steinhaufen von mind. 3 m³ und ein Totholzhaufen von mind. 5 m³ herzustellen.
Rechtsgrundlage: § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB
- 12. Auf der Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft SPE 3 ist eine durchgängige zweireihige Heckenstruktur mit einer Pflanzhöhe von 4 Pflanzen pro laufendem Meter in der Qualität 100 - 150 cm bis spätestens 12 Monate nach Inbetriebnahme der Photovoltaik-Freifläche anzulegen. Hierzu sind die in der Pflanzliste "Feldhecke" aufgeführten Arten zu verwenden. Für zulässige Zufahrten kann die Hecke unterbrochen werden. Bis zu einem Abstand von 5 m zur Böschungsoberkante des an die Fläche SPE 3 außerhalb des Geltungsbereichs angrenzenden Grabens sind keine Gehölze zu pflanzen.
Rechtsgrundlage: § 9 Abs. 1 Nr. 25a und 25b BauGB

Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

- 13. Im sonstigen Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik-Freiflächenanlage“ sind die betriebs- und anlagenbedingt notwendigen Befestigungen, wie Ausläßflächen, Zufahrten und Wege sowie die gemäß textlicher Festsetzung Nr. 6 zulässigen Zufahrten in den privaten Grünflächen nur in wasser- und luftdurchlässigem Aufbau herzustellen. Auch die Wasser- und Luftdurchlässigkeit wesentlich mindernde Befestigungen wie Betonunterbau, Fugenverguss, Asphaltierungen und Betonierungen sind unzulässig.
Rechtsgrundlage: § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

Sonstige Festsetzungen

- 14. Die Grenze zwischen den Punkten A und B ist zugleich Straßenbegrenzungslinie.
Rechtsgrundlage: § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

Pflanzliste zum Bebauungsplan

Pflanzliste "Feldhecke"

Acer campestre	Feld-Ahorn	Prunus spinosa	Schwarzdorn, Schliehe
Cornus sanguinea	Roter Hartriegel	Pyrus pyracantha	Wild-Birne
Corylus avellana	Haselnuss	Rhamnus cathartica	Purpier-Kreuzdorn
Crataegus laevigata	Zweigflügler Weißdorn	Rosa canina	Hunds-Rose
Crataegus monogyna	Eingriffeliger Weißdorn	Rosa canina agg.	Artengruppe Hunds-Rose
Crataegus - Hybriden	Weißdorn	Rosa corymbosa agg.	Artengruppe Hecken-Rose
Euonymus europaeus	Europäisches Pfaffenholzchen	Rosa odorata	Geruchlose Rose
Frangula alnus	Faulbaum	Rosa rubiginosa agg.	Artengruppe Wein-Rose
Lonicera xylosteum	Rote Heckenkirsche	Rosa tomentosa agg.	Artengruppe Filz-Rose
Malus sylvestris	Wildapfel	Sambucus nigra	Schwarzer Holunder
Prunella domestica	Kirschpflaume	Sorbus domestica	Eiseneiche, Vorpflaume
Prunus cerasus	Weichelschleiche	Viburnum opulus	Gemeiner Schneeball
Prunus padus	Gewöhnliche Traubensckirch		

Es ist einheimisches Pflanzgut aus gesicherter Herkunft mit Ursprung im heimischen Naturraum „nordostdeutsches Tiefland“ zu verwenden.

Hinweise

Bodendenkmale nach dem Brandenburgischen Denkmalschutzgesetz

Im Geltungsbereich des Bebauungsplans "Solarpark Wallfeld" befinden sich die Bodendenkmale 70633, eine Siedlung sowie einen Hortfund der Bronzezeit, sowie 70635 (Grabfeld) der Eisen- und Römischen Kaiserzeit). Die Bodendenkmale werden auf Grundlage der Stellungnahmen des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum vom 23. März 2023 und vom 31. August 2023 nachträglich übernommen.

Alle Veränderungen von Bodennutzungen wie z.B. die Erdeingriffe im Zuge der Errichtung von Solarmodulen und sonstigen baulichen Anlagen, die Anlage oder Befestigung von Wegen, die Verlagerungen von Leitungen, Hecken- und Bepflanzungen mit Pflanzgruben usw. sind im Bereich des Bodendenkmals auf das absolut notwendige Minimum zu begrenzen bzw. im humosen Oberbodenbereich zu realisieren und bedürfen einer Erlaubnis (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BbgDSchG). Sie ist bei der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde des Kreises Oberhavel zu beantragen (§ 19 Abs. 1 BbgDSchG).

Zur Erlaubnisfähigkeit gehört auch, dass sichergestellt wird, dass im Areal des Solarparks keine chemischen Substanzen zur Niedrighaltung des Bewuchses von Pflanzen eingesetzt werden, da diese Auswirkungen auf die Erhaltung der Bodendenkmalsubstanz haben.

Ereignisse, die die erforderlichen Bodeneingriffe im Bodendenkmalsbereich als erlaubnisfähig, so sind sie in jedem Falle dokumentationspflichtig (§ 9 Abs. 3 und 4 BbgDSchG), die Erdeingriffe müssen also archäologisch begleitet und entdeckte Bodendenkmale fachgerecht untersucht werden. Für die hier erforderlichen Dokumentationsarbeiten, zu denen die denkmalsrechtliche Erlaubnis der Unteren Denkmalschutzbehörde jeweils Näheres festlegen wird, ist ein Archäologe bzw. eine archäologische Fachfirma zu gewinnen, deren Auswahl das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum zustimmen muss.

Besonderer Artenschutz

Im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes kommen artenschutzrechtlich relevante Brutvögel der europäischen Vogelarten und von Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie vor. Für diese Tierarten gelten die Zugriffs- und Störungsverbote des § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG).

Zur Sicherstellung der weiteren Verfügbarkeit des Lebensraumes für diese Arten ist die Fläche unterhalb der Solarmodule als Brutplatz für die Arten zu sichern und es werden geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die die Arten vor Störungen schützen. Die ökologische Baubegleitung wird 14 Tage vor Baubeginn informiert wird. Die ökologische Baubegleitung wird 14 Tage vor Baubeginn informiert wird. Die ökologische Baubegleitung wird 14 Tage vor Baubeginn informiert wird.

Abweichend von der Bauzelbegrenzung kann innerhalb der Hauptbrutzeit mit den Bauarbeiten begonnen werden bzw. Bautätigkeiten durchgeführt werden, sofern im Rahmen einer ökologischen Baubegleitung (ÖBB) durch geeignete Maßnahmen sichergestellt wird, dass kein Nest mit Gelegen oder noch nicht flüggen Jungvögeln auf der Baustelle befindet. Die ökologische Baubegleitung wird 14 Tage vor Baubeginn informiert wird. Die ökologische Baubegleitung wird 14 Tage vor Baubeginn informiert wird. Die ökologische Baubegleitung wird 14 Tage vor Baubeginn informiert wird.

Baumschutzsatzung der Stadt Kremen

Mit Inkrafttreten des Bebauungsplans Nr. 84 "Solarpark Wallfeld", OT Beetz gelten im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans die Bestimmungen der Baumschutzsatzung der Stadt Kremen. Die Beseitigung eines geschützten Baumes bedarf der vorherigen Genehmigung der Stadt Kremen. Anträge auf Genehmigung sind schriftlich unter Angabe von Gründen an die Stadtverwaltung zu richten. Einem Genehmigungsantrag ist ein durch Fotos ergäuter Bestandplan beizufügen, in dem mindestens die auf dem betreffenden Grundstücksticket befindlichen geschützten Bäume unter Angabe von Baumart und Stammumfang eingetragen sind. Mit der Genehmigung zur Beseitigung eines geschützten Baumes ist die Beseitigung von Ersatzpflanzungen oder die Festsetzung einer Ersatzpflanzung verbunden.

Brandschutz / Löschwasserversorgung

Mit Bezug zu § 14 BbgBO ist die grundsätzliche Vorgehaltung von Löschwasserentnahmestellen in einer maximalen Entfernung von 300 m zu potentiellen Einsatzstellen bereits in der Planung zu thematisieren, da eine Löschwasserentnahme aus dem TIV-Netz ausgeschlossen werden kann. Konkrete Vorgaben zur Höhe der erforderlichen Löschwassermenge unter Berücksichtigung von Zugänglichkeiten und Umfang der baulichen Anlagen erfolgen im Baugenehmigungsverfahren mit Vorlage der Ausführungsplanung. Mit Bezug zu § 14 BbgBO muss die Freiflächenanlage für Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr auch aus Gründen des Umgebungsschutzes mit einer Umfart versehen werden, welche nach den Kriterien der „Muster-Richtlinien über Flächen für die Feuerwehr“ (10-2009) (siehe Muster-Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen (MVB/TB) (04-2020)) in der Planung zu berücksichtigen ist.

Bahnlinie Kremen - Wittstock (Dosse)

Bei der südlich an den Geltungsbereich des Bebauungsplans angrenzenden Fläche handelt es sich um gewidmete Eisenbahnbetriebsanlagen, die dem Fachplanungsvorbehalt des Eisenbahn-Bundesamtes (EBA) unterliegen. Es wird auf die Sorgfaltspflicht des Bauherrn und auf die Verkehrssicherungspflicht (§§ 623 ff. BGB) des Grundstückseigentümers hingewiesen.

Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehen Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschal, Abgase, Funkstrahlung, Abriebe z.B. durch Bremsstäube etc.), die zu Lärmbelastungen führen können. Gegen die aus dem Eisenbahnbetrieb ausgehenden Emissionen sind entsprechend geeignete Schutzmaßnahmen vorzuziehen bzw. vorzunehmen. Bestehende Zugänge und Zufahrten zu den Bahnbetriebsanlagen sind für die Instandhaltung- und Entlastungsarbeiten der Unternehmen der DB AG, auch während der Bauzeit, uneingeschränkt zu gewährleisten. Flucht- bzw. Rettungsweg sind freizuhalten, um die Sicherheitsanforderungen nach § 4 AEG erfüllen zu können.

Ein einseitiges Betreten und Befahren des Bahnbetriebsgeländes sowie sonstiges Hineingelangen in den Gefahrenbereich der Bahnanlagen ist gemäß § 62 EBO unzulässig und durch geeignete und wirksame Maßnahmen grundsätzlich und dauerhaft auszuschließen. Es wird hiermit auf § 64 EBO hingewiesen, wonach es verboten ist, Bahnanlagen zu beschädigen oder zu verunreinigen, Sicherungseinrichtungen unerlaubt zu öffnen oder andere betriebsstörende sowie betriebsgefährdende Handlungen vorzunehmen.

Photovoltaik- bzw. Solaranlagen sind blendfrei zum Bahnbetriebsgelände hin zu gestalten. Sie sind so anzuordnen, dass jegliche die Betriebssicherheit beeinträchtigende Blendwirkungen ausgeschlossen sind. Sollte sich nach der Inbetriebnahme eine Blendung herausstellen, so sind vom Bauherrn entsprechende Abschirmungen anzubringen. Es ist jederzeit zu gewährleisten, dass durch Bau, Bestand und Betrieb der geplanten Photovoltaikanlage keinerlei negativen Auswirkungen auf die Sicherheit des Eisenbahnbetriebs entstehen können (z.B. Sichtbeeinträchtigungen der Triebfahrzeugführer durch z.B. Blendungen, Reflexionen).

Oberflächen- und sonstige Abwässer dürfen nicht auf oder über Bahngrund abgeleitet werden. Bahneigene Durchlässe und Entwässerungsanlagen dürfen in ihrer Funktion nicht beeinträchtigt werden. Einer Versickerung in Gleisnähe kann nicht zugestimmt werden.

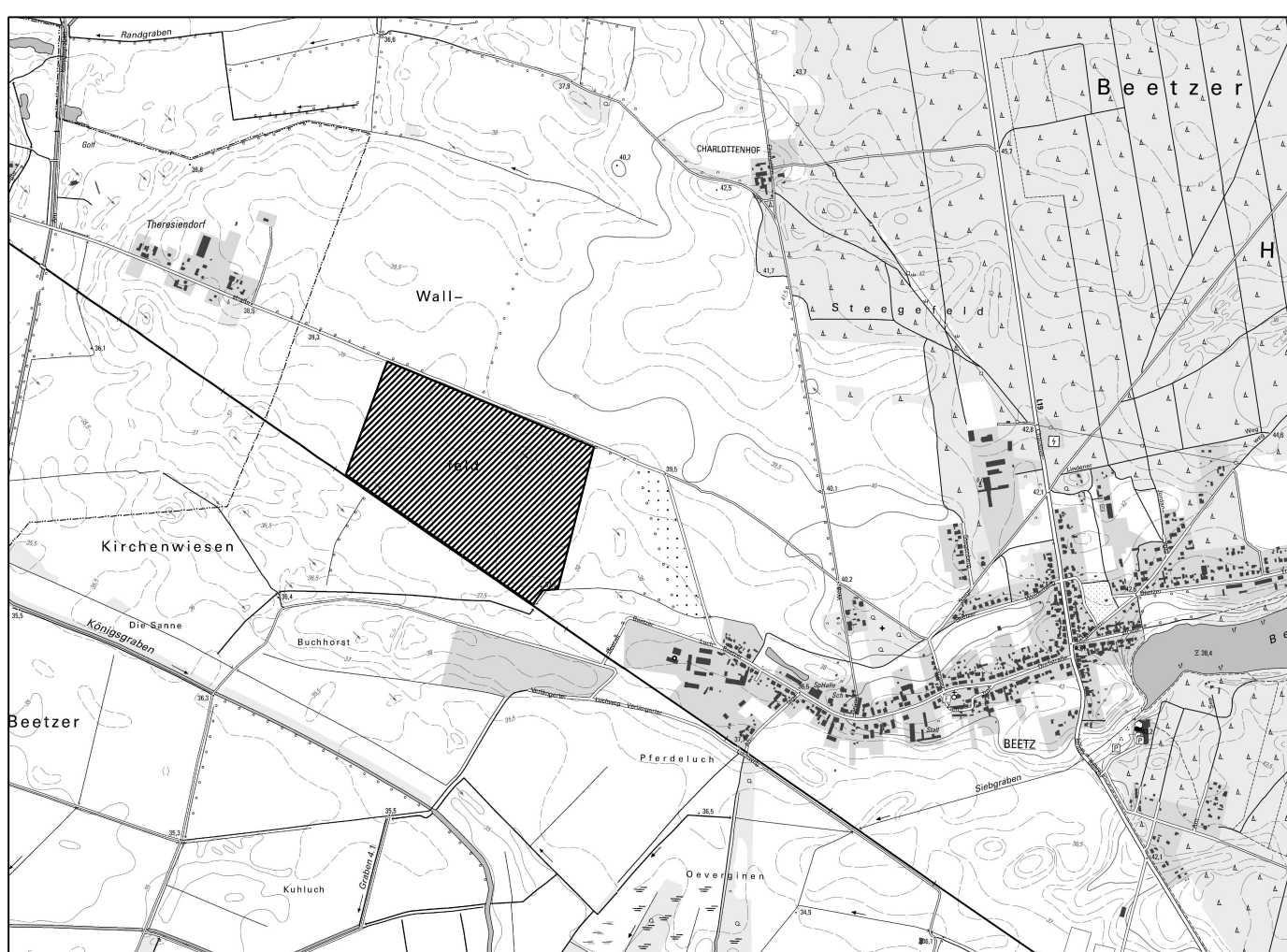
Auf der im unmittelbaren Bereich von DB Liegenschaften ist jederzeit mit dem Vorhandensein betriebsnotwendiger Kabel, Leitungen oder Vorrichtungen zu rechnen. Die genaue Lage ist ggf. durch Suchschritte zu ermitteln. Kabel und Leitungen der DB AG dürfen durch Baumaßnahmen nicht beeinträchtigt und nicht beschädigt werden. Auf Straßenseite nach StGB § 315, 316 b und 317 bei vorsätzlicher oder fahrlässiger Beschädigung von Kabeln wird ausdrücklich hingewiesen. Künftige Aus- und Umbaumaßnahmen sowie notwendige Maßnahmen zur Instandhaltung und dem Unterhalt, in Zusammenhang mit dem Eisenbahnbetrieb, sind der Deutschen Bahn weiterhin zweifelsfrei und ohne Einschränkungen zu gewähren.

In diesem Zusammenhang wird auf das Projekt 10230 verwiesen. Im Rahmen des Projektes soll mit dem Ausbau des Prignitz Express ein 30 Minuten Takt zwischen Hennigsdorf und Neuruppin eingeführt werden. Verschiedene Maßnahmen (z.B. Oberbau, Bahnsteigverlängerung, Anpassung der Leit- und Sicherungstechnik etc.) werden voraussichtlich im Jahr 2023 beginnen. Diese Vorhaben dürfen durch die in der Anlage 1 des Bebauungsplans geplanten Maßnahmen nicht beeinträchtigt werden. Ebenfalls wird das Vorhaben der Vollerlektrifizierung der Strecke verfolgt.

Gewässer II. Ordnung (Graben 4/8, Plangebietsgrenze im Südosten)

Angrenzend an den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 84 "Solarpark Wallfeld" verläuft der Graben 4/8 als Gewässer II. Ordnung. Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes zur Ordnung des Wasserrhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3901) in Verbindung mit den Bestimmungen des Brandenburgischen Wassergesetzes (BbgWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. März 2012 (GVBl./I/12, [Nr. 20]), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. Dezember 2017 (GVBl./I/17, [Nr. 28]).

Die Unterhaltung von Gewässern II. Ordnung ist stets zu gewährleisten. Gemäß § 38 Abs. 1 und 2 WHG dient das Ufer und der Bereich, der an das Gewässer landside der Linie des Mittelwasserstandes angrenzt (Gewässerrandstreifen), der Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktionen oberirdischer Gewässer, der Wasserspeicherung, der Sicherung des Wasserabflusses sowie der Verminderung von Stoffeinträgen aus diffusen Quellen. Gemäß § 38 Abs. 3 und 4 WHG sind Gewässerrandstreifen fünf Meter breit und sollen von Eigentümern und Nutzungsberechtigten in Hinblick auf ihre Funktionen erhalten werden. Das Entfernen von standortgerechten Bäumen und Sträuchern, die Neuanpflanzung von nicht standortgerechten Bäumen und Sträuchern, der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, sowie die Ablagerung von Gegenständen, die den Wasserabfluss behindern können oder die fortgeschwemmt werden können, ist innerhalb von Gewässerrandstreifen verboten.



Übersichtskarte (Kartengrundlage: © GeoBasis-DE/IG, dl-deby-2.0)

Stadt Kremen
Landkreis Oberhavel

Bebauungsplan Nr. 84
„Solarpark Wallfeld“, OT Beetz

Satzungsfassung, Oktober 2023

Planverfasserin:

szsp

Dr. Szamotajski Schirckel Partner Planungsgesellschaft mbH
Gustav-Meyer-Allee 25 (Haus 26A) | 13355 Berlin
Tel.: +49 (0)30 / 88 47 39 0 E-Mail: buero@szsp.de

Maßstab: 1 : 1.000